

Wenn das Schutzschild zur Zielscheibe wird

Immer wieder die Pollmann-Kreuzung. Jugendliche rotten sich zusammen, laufen über die Straßenbahnschienen hin- und her, liefern sich Schaukämpfe, der Verkehr stockt. Wolfgang Pawtowski und Inga Herder sind mit ihrem Streifenwagen da und versuchen das Spiel zu beenden. Als auch noch die Straßenbahn ausgebremst wird, greifen sie ein und halten einen Rädelführer an der Jacke fest, um die Personalien aufzunehmen. Wenig später sind sie umringt und schaffen es nicht mehr, in ihren Wagen zu kommen, der nur zwei Meter entfernt steht. Inga Herder: „Fahrgäste in der Straßenbahn, die nicht mehr weiterkam, riefen die Polizei an: Ob wir eigentlich wüssten, dass hier gerade zwei Polizisten verprügelt werden.“

Der Name der Kreuzung im Herzen von Duisburg-Marxloh stammt aus Zeiten, als an der Ruhr die Schloten qualmten und die gewaltigen Hochöfen auch dem im Norden des Duisburger Stadtgebietes gelegenen Stadtteil Arbeit und Wohlstand garantierten. Damals war Pollmann ein renommiertes Hotelrestaurant.

Der Zwischenfall der sich dort im Januar 2008 abspielt, ist kein Einzelfall: Im Mai vergangenen Jahres werden zwei libanesische Jugendliche aus einem Telefonladen hinausgeworfen, der zwei türkischen Brüdern gehört. Schnell telefonieren beide Seiten ihre Anhänger zusammen. Wenig später gehen 150 Beteiligte mit Messern und Baseballschlägern aufeinander los. In einem dreistündigen Einsatz haben 100 Polizeikräfte alle Hände voll zu tun, die Lage zu bereinigen. Nicht wenige von ihnen werden durch Tritte und Schläge verletzt. Die Hintergründe der Schlacht bleiben weitgehend im Verborgenen. Seitdem hält sich aber hartnäckig das Gerücht, organisierte Kriminalität sei in Marxloh am Werk.

Moscheebau ohne Proteste

Kohle und Stahl, die Großindustrien im Ruhrgebiet sind nicht gestern zusammengebrochen, die hohe Arbeitslosigkeit und der soziale Abstieg vieler Menschen nicht neu.

Dass in Marxloh Ausländer leben, vornehmlich Türken und „Deutschländer“, wie sich türkischstämmige Deutsche nach eigenem Bekunden bezeichnen, gehört im Ruhrgebiet wie in vielen Ballungszentren schon zur Geschichte. Die Menschen im Ruhrgebiet haben mit ihrer Unaufgeregtheit schon viele Veränderungen akzeptiert. In Marxloh entsteht eine der größten Moscheen Deutschlands und es gibt keine hit-



Wolfgang Pawtowski und Inga Herder vor der die DITIB-Merkez-Moschee, die größte Moschee Deutschlands im osmanischen Stil. An der Warbruckstraße in Duisburg-Marxloh lebt eine der ältesten und größten islamischen Gemeinden.

zigen Debatten darüber, wie in Köln-Ehrenfeld oder in Berlin-Pankow. Die türkische Gemeinde hat die christlichen Kirchen und die Einwohner von vornherein in die Planung mit einbezogen.

Viele Alteingesessene haben mit den jetzigen Inhabern der Läden in Marxloh noch Schulter an Schulter am Hochofen gestanden. Statt Currywurst, wird jetzt

eben Döner zum Bier vernascht, was soll's. In der Haupteinkaufsstraße reiht sich ein türkisches Brautmodegeschäft an das andere, die Kunden kommen aus ganz Europa, um sich für den schönsten Tag des Lebens einzukleiden.

Die Stadt Duisburg hat Marxloh nie sich selbst überlassen und überall Mittel aufgetrieben, um den Stadtteil baulich aufzuwerten. Die Straßen sind sauberer als selbst in den wohlhabenden Vierteln Berlins und die Zeitungsausschnitte über

Projekte und Veranstaltungen, die das Miteinander fördern sollten, füllen Aktenordner. Kaum eine Fernsehreportage, die Marxloh nicht als Musterbeispiel für gelungene Integration und multikulturelles Zusammenleben preist.

Klaus Schultz schaut aus dem Fenster der Fußstreifenwache am August-Bebel-Platz und beobachtet die Händler, die ihre





Udo Faust, Jürgen Kahl, Klaus Schultz, Wilfried Kleinke, Weert Albers, mit Wachleiter Ralf Werner (sitzend) in der Wache in Duisburg-Marxloh.

Stände abbauen. „Schön wär’s. Seit fast zwanzig Jahren mache ich hier Dienst, kenne Marxloh und die Menschen wie meine Westentasche. Was sich seit drei, vier Jahren hier entwickelt, ist eine tickende Zeitbombe.“

Respektlos und gewalttätig

„Pisser“, „Penner“, „Scheißbulle“ sind die geläufigsten Schimpfwörter, die neuerdings hinter den Kolleginnen und Kollegen hergerufen werden, wenn sie durchs Viertel gehen. Es sind Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Aus einer Gruppe heraus die Polizei zu beleidigen und alles abzustreiten, wenn sie angesprochen werden, ist ein beliebter Sport. Ein Sport, der in anderen Ländern mit anderen Polizeien ein unkalkulierbares Verletzungsrisiko bergen würde. Aber in Deutschland muss die Tat dem Einzelnen zugeordnet werden. Eine Anzeige wegen Beamtenbeleidigung? „Was kommt dabei heraus, wenn überhaupt etwas herauskommt? zehn Stunden Sozialarbeit in der Moschee?“ Die Kollegen auf der Wache lächeln milde.

Erstklässler, die in Gruppen auf dem Schulweg einzelne Viertklässler verprügeln und erpressen; Heranwachsende, die Obdachlosen Geld und Schnaps stehlen; Omas, die mit „alte Fotze“, „Schlampe“, angesprochen werden.

„Die Hemmschwelle für Respektlosigkeiten und Gewalttätigkeiten sinkt ständig. Hatten wir es vor fünf Jahren noch viel mit Diebstählen zu tun, ist es jetzt Raub unter Vorhalt des Messers,“ sagt Schultz.

Im Streifenwagen von Inga Herder und

Wolfgang Pawtowski kommt die Meldung: „Elfjährige mit Messer bedroht, sitzt zu Hause und weint.“

Mit ersten Informationen zu den Tätern beteiligen sich gleich mehrere Wagen an der Fahndung. Inga Herder und Wolfgang Pawtowski trösten das Mädchen in der elterlichen Wohnung und bekommen eine ziemlich genaue Personenbeschreibung. Auf einem Bürgerfest in dem kleinen Park in der Nähe sei sie von einem anderen Mädchen beschuldigt worden, ihr zwei Euro gestohlen zu haben. Auch jetzt, gegenüber den Beamten, weint sie vor Enttäuschung. Das Mädchen sei dann zu den größeren Jungen gelaufen. Brüder, Cousins und Onkel sind immer irgendwo in der Nähe. Ein älterer Junge fordert sie auf, das Geld herauszugeben und droht ihr mit dem Taschenmesser. Eine Passantin mit Hund rettet die Situation und bringt die Kleine nach Hause.

Inga Herder und Wolfgang Pawtowski fahren mit ihr zu dem Park an dessen Eingang ein Transparent auf das Bürgerfest hinweist - in türkischer Sprache. Die Kleine erkennt einige der Jungen wieder. Die Beamtin und der Beamte sind schnell von Kindern, Frauen, Männern und Jugendlichen umringt. Die Atmosphäre ist nicht direkt feindlich, aber spannungsgeladen. Die Kollegin aus dem Münsterland und der Kollege vom Bodensee wirken hier wie Wesen von einem anderen Planeten. Tatsächlich bekommen sie den Namen des Jungen heraus, ermitteln über Funk die Adresse. In der elterlichen Wohnung streitet der Junge zunächst alles ab, wird vom Vater aber davon überzeugt, die Wahrheit zu sagen. Tatsächlich hat es sich

so abgespielt, wie die Kleine berichtet. Das Messer wird dem Jungen abgenommen. Den beiden Beamten versichert der Vater, dass er genau so gehandelt hätte, wie sein Sohn, wenn „eine Frau“ ihn um Hilfe gebeten hätte. Das „Gespräch mit den Eltern“ des strafunmündigen Jungen war also für die Katz’.

Dass sich gleich mehrere Streifenwagenbesetzungen in die Fahndung eingeschaltet haben, hat mit Langeweile nichts zu tun, sondern ist Ergebnis von Erfahrungen und Teil eines Plans. Seit geraumer Zeit sind Streifenwagenbesetzungen oftmals nicht in der Lage, einfache Einsätze wie Verkehrsunfallauf-

starker Zuzug von Menschen libanesischer Nationalität festgestellt, über deren eigentliche Herkunft gemutmaßt wird, dass sie kurdische Türken sind, die über den Libanon als Bürgerkriegsflüchtlinge einreisen. Auch aus Nordafrika und neuerdings aus dem Irak werden Zuzüge beobachtet.

„Das ist unsere Stadt“

Türkische und libanesische Jugendliche beanspruchen den Stadtteil für sich. Auch gegenüber den Vertretern der staatlichen Ordnung: „Macht dass ihr wegkommt, das ist unsere Stadt!“ bekommen die ein-

Besitzer. Wenn die Beamten mit ihrer mobilen Wache unterwegs sind und ins Gespräch mit Alteingesessenen kommen, schlägt ihnen Resignation entgegen: „Hörense bloß auf!“

Wer kann, flüchtet. „Deutsche Geschäftsleute ziehen hier weg, sogar die Banken. Von denen ist nur noch die Sparkasse hier, „...wahrscheinlich haben die einen gesetzlichen Auftrag der Mindestversorgung.“

Nicht wenige haben den Eindruck, dass Marxloh von einer weiteren Umwälzung überrollt wird, die die mühsam erarbeiteten Regeln des Zusammenlebens im Stadtteil erneut umwerfen. Früher kam es

schon mal vor, dass ein älterer türkischer Mitbewohner ein Machtwort sprach und den über die Stränge schlagenden Jugendlichen Einhalt gebieten konnte. „Die traditionelle Achtung vor dem Alter schwindet. Die über 40jährigen, die hier seit langem wohnen und mit denen ein gutes Auskommen ist, beklagen sich selbst darüber. Allerdings nicht laut und unternehmen tun sie auch nichts.“

Mit einer Vielzahl von Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Diebstahls- und Raubdelikten liegt Duisburg-Marxloh im Vergleich mit den anderen 46 Stadtbezirken in der Kriminalstatistik im oberen Bereich. Von 1.000 Einwohnern sind

statistisch 136 Opfer von Straftaten.

Überrepräsentiert, gemessen an seiner Einwohnerzahl, ist bei den Delikten der Straßenkriminalität auch der linksrheinische Ortsteil Hochheide im Stadtbezirk Homberg. Markantestes Kennzeichen dieses Viertels sind sechs Hochhausscheiben mit jeweils 20 Etagen und 1.440 Wohnungen.

Zwei der Wohnscheiben sind leergezogen und zugemauert. In den anderen Häusern ist eine Subkultur, vornehmlich bestehend aus jungen Leuten, eingezogen. 80 Prozent aller in Duisburg registrierten irakischen Kurden wohnen dort, aber auch Ex-Jugoslawen, Weißrussen, Polen, Araber und Türken. Einer Räumung dieser Häuser steht eine Vielzahl kommunaler und zivilrechtlicher Probleme entgegen. Hoch-



Norbert Heidisch, Andreas de Fries und Jürgen Roski im Wachraum der Fußstreifenwache.

nahmen, Parkverstöße oder Verkehrsbehinderungen abzarbeiten, da sich sofort ein Menschaufmarsch bildet, der die Beamten in Bedrängnis bringt.

Ende Dezember 2007 wohnen in diesem Viertel 18.000 Einwohner. Der Anteil der Bewohner ohne deutschen Pass bewegt sich um die 33 v.H., davon 4.000 Einwohner türkischer/kurdischer Nationalität. Insgesamt wird der Anteil der Bevölkerung mit „Migrationshintergrund“ auf 60 Prozent geschätzt. Bei den wenigen Einwohnern deutscher Herkunft handelt es sich, so die Beamten, „meist um Alte, die hier mehr weg wollen oder können – oder es kommen ganz junge deutsche Familien auf der Leiter des sozialen Abstiegs hier unten an.“

In den letzten Jahren wird zudem ein

schreitenden Beamten zu hören. Axel Stickelbroeck: „So zivil, wie die Polizei hier mit Bürgern umgeht, kennen viele das aus ihren Heimatländern nicht. Dass wir nicht aus kleinstem Anlass mit aller Härte einschreiten, halten sie für Schwäche.“ Während die Revierkämpfe der Jugendlichen auf offener Straße ausgetragen werden, klären die Älteren die Frage, wer im Viertel das Sagen (und die Einnahmen) hat, eher hinter den Kulissen. Im großen Stil, so heißt es, würden ganze Straßenzüge aufgekauft, „Landsleute“ zu horrenden Mieten in Wohnhäusern untergebracht, in die aber kein Cent investiert wird.

Immobilien sind in Marxloh aufgrund des sehr übersichtlichen Kaufinteresses erschwinglich. Eigentumswohnungen wechseln schon mal für 5.000 Euro den



heide ist als „Äitsch-Town“ in YouTube-Videos und mehreren Rapp-Songs verewigt. Mit einer Arbeitslosenquote von rund 30 Prozent und einem Ausländer- plus Migrationshintergrundanteil kommt Hochheide an ähnliche Werte wie Marxloh. Einen Eid auf diese Zahlen würde aber niemand ableisten.

Auch hier kommt es sei einigen Jahren immer wieder zu Konfrontationen mit anderen Bewohnern und mit Polizeikräften. Im November wird ein nichtsesshafter „Scheißdeutscher“ beraubt, mit der Bekundung, dass „dies unsere Stadt ist“, wo er „nichts zu suchen hat.“

Bei den Krawallen in der Sylvesternacht 2007 werden gezielt Polizeikräfte angegriffen, was offensichtlich nicht spontan erfolgt. Dass dabei ausschließlich von Deutschen betriebene Geschäfte Ziel von Plünderung und Beschädigung werden, während die von Migranten betriebenen Läden unversehrt bleiben, bestreitet keiner.

Anwohner resignieren

Gespräche der Polizei mit Bewohnern machen deutlich, wie wenig auskunftstark die Kriminalstatistik ist, die in Diskussionen über Auseinandersetzungen mit ethnischen Gruppen immer wieder für den Beleg herhalten muss „dass doch alles übertrieben“ wird. Anwohner klagen über Belästigungen im täglichen Leben, die selten den Bereich der Strafbarkeit erreichen und selten oder gar nicht zur Anzeige gebracht werden. Dazu gehören Rempeln, Anspucken, Weg versperren, Ruhe störung und ein allgemein lautes und aggressives Auftreten. Mit dem ostentativen Griff an die Eier werden Frauen und Mädchen unverhohlen angestarrt, nicht-muslimischen Mädchen „Hure“ und „Fick Dich“ hinterhergerufen.

In den Ghettos ist die Brutalität etabliert: Ständig derbe Beleidigungen, Demütigungen und physische Gewalt. Gangsta-Rapper wie Bushido oder Massiv verherrlichen in ihren Texten Gewalt. „Jahrelang wurde die zunehmende Brutalität und Kriminalisierung in diesen Kreisen ignoriert, weil sie sich bislang hauptsächlich innerhalb des Milieus verheerend ausgewirkt haben.“ sagt der Jungregisseur Özgür Yildirim, der mit „CHIKO“ einen Film über Ghettos, Kriminalität, Drogen und Gewalt gedreht hat, gegenüber der taz.

„ Wir fordern Null-Toleranz bei Übergriffen gegen Polizisten “

*Frank Richter, Vorsitzender des Landesbezirks
Nordrhein-Westfalen*

Berlin-Kreuzberg und Neukölln haben diese Entwicklungen zu medialem Ruhm verholfen. Doch gibt es keine größere Stadt in Deutschland, die solche Viertel nicht kennt. Auf einem Arbeitsschutzsymposium der Gewerkschaft der Polizei in Potsdam mit 150 Personalräten und Wissenschaftlern, beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“. Rasch wird klar, dass die steigende Gewalt und Aggressivität gegen Bürger und Polizisten kein Phänomen einiger Stadtviertel in Ballungsräumen ist. Gewalt und Aggressivität sind auch kein Privileg ausländischer Gruppen oder Jugendlicher und Heranwachsender mit Migrationshintergrund. Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet berichten von solchen Entwicklungen, sogar auf dem platten Land. Immer häufiger haben sie bei Einsätzen die Schusswaffe in der Hand. Im Süden wird über die Einführung von Teleskopschlagstöcken diskutiert, anderswo, wie in Berlin, stimmt der Polizeipräsident dem „Tonfa“ zu. Weit über 3000-mal wurden im Jahr 2006 in Berlin Polizisten attackiert - eine Steigerung von zehn Prozent gegenüber dem Jahr 2005. „Die

Uniform ist nicht mehr Schutzschild, sondern Zielscheibe“, sagt ein Tagungsteilnehmer. Eberhard Schönberg, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks: „Nahezu täglich, wir schätzen rund 200 Mal im Jahr, kommt es in bestimmten Stadtteilen Berlins zu Zusammenrottungen von Passanten, die sich gegen die Polizei wenden. In vielen Fällen werden Gefangenenbefreiungen versucht. Kollegen schilderten Lagen, in denen sie nicht mehr funken und sich nur unter Androhung des Schusswaffengebrauchs durchsetzen konnten.“ >



Frank Richter, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen und im geschäftsführenden Bundesvorstand für den Arbeitsschutz bei der Polizei zuständig: „Zu den Belastungen im Polizeidienst zählt mittlerweile auch die zunehmende Gewaltbereitschaft gegen Kolleginnen und Kollegen. Ebenso die überall mangelnde Personalstärke. Heute weiß jeder, dass er in einem Einsatz aus noch so geringem Anlass zu jeder Tag- und Nachtzeit in Bedrängnis geraten und angegriffen werden kann. Weiß man dann, dass es keine Reserve mehr auf der Dienststelle gibt, die bei einem Notruf helfen kann, fühlt man sich hilflos und ausgesetzt.“

Weert Albers, Personalrat und Vorsitzender der Duisburger Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Immer häufiger stehen die Kolleginnen und Kollegen vor der Frage: Greife ich hier ein und was wird daraus? Auf der Straße kann es jederzeit zu Auseinandersetzungen kommen. Während vor Gericht der meist jugendliche Täter straffrei bleibt, hängt ein Disziplinarverfahren selbst wegen der unsinnigsten Anschuldigung gegen den Beamten noch lange nach. Die Beamtinnen und Beamten fühlen sich im Stich gelassen von Politik und Öffentlichkeit. Auch von ihrer Behörde erwarten sie mehr Unterstützung.“

Das Gefühl, sich unnützlich in Gefahr zu begeben, vor allem wenn es um die Bekämpfung der ständig steigenden Jugend- und Gewaltkriminalität geht, macht sich



Diskussion im Personalratsbüro: Axel Stickelbroeck, Jürgen Kahl, Weert Albers, Alex Prim, Thordis Spirres.

immer mehr breit. Die Fakten geben der Polizei Recht.

Gefängnis nur für Wenige

Der Innenministerkonferenz liegt auf ihrer Frühjahrssitzung Ende April der vertrauliche Bericht einer bundesweiten Arbeitsgruppe zur inneren Sicherheit vor. Er beklagt, dass junge Gewalttäter in Deutschland fast immer straffrei davorkommen. Gerichtsverfahren würden meist

eingestellt oder Jugendstrafen zur Bewährung ausgesetzt. Im Gefängnis landeten nur wenige Verurteilte. Der Bericht stellt weiter fest, dass ein verschwindend geringer Anteil der Schläger und Räuber zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt wird. Als Gewalttat gelten bundesweit wie schwere Körperverletzung, Totschlag und Raub, nicht aber einfache Körperverletzung. Die Arbeitsgruppe empfiehlt den Innenministern und -senatoren einen Maßnahmenkatalog. Darin wird auch vorgeschlagen, die Herkunft von jugendlichen Tatverdächtigen bundesweit zu erfassen und die Daten über den Einfluss von Mehrfaktoren auszuwerten. Auch Hamburgs Innenminister Udo Nagel plädiert gegenüber Welt-online dafür, den „Migrationshintergrund“ von Straftätern in die Statistik aufzunehmen: „Sorgen bereiten uns die ausländischen Jugendlichen und Jung erwachsenen der sogenannten dritten Generation.“

Die Opferschutzorganisation Weißer Ring kritisiert insbesondere die hohe Zahl der Einstellungen ohne Gerichtsverfahren. Eine Verschärfung des Jugendstrafrechts hält die Organisation für kontraproduktiv. Dem stimmt auch Frank Richter, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen zu: „Die vorhandenen Möglichkeiten des Jugendstrafrechts müssen ausgeschöpft werden ausgeschöpft werden.“

Zwar ist die Rückfallquote von Haftentlassenen hoch: Das Kriminologische Forschungsinstitut Hannover beziffert sie beim Jugendarrest auf 71 Prozent der Entlassenen, nach Haftstrafen beträgt sie sogar 80 Prozent.

Frank Richter: „Das wundert mich nicht.“



Weert Albers, Personalrat und Vorsitzender der Duisburger Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei und der Polizeipräsident von Duisburg, Rolf Cebin (v.l.)



Wer dort überhaupt landet, hat schon eine steile Karriere hinter sich mit Dutzenden von Straftaten, nach denen keine Sanktionen erfolgten. Die Entwicklung zum Schwerekriminellen vollzieht sich nicht im Arrest oder in der Haft, sondern durch das folgenlose Begehen von Straftaten vorher. Wenn sie endlich im Knast landen, ist kaum noch etwas zu retten.“ Diese Sichtweise findet unter Experten immer mehr Anhänger.

Nicht zurückweichen

Die Polizei in Duisburg will nicht resignieren. Für die belasteten Stadtteile hat sie Sicherheitsprogramme entwickelt. Sie sehen präventive und repressive Maßnahmen vor und sollen die Ansprechbarkeit der Polizei für die Bürgerinnen und Bürger verbessern. In der Erkenntnis, dass gelegentliche Schwerpunkteinsätze nicht zum Erfolg führen, hat sich Polizeipräsident Rolf Cebin für

langfristige Strategien entschieden. Cebin: „Dazu gehört der Einsatz von Doppelfußstreifen und Verkehrskontrollen, konsequentes Einschreiten und Ahndung aller Verstöße, auch geringer Ordnungswidrigkeiten.“ Seine Beamtinnen und Beamten sollen konsequent Platzverweise erteilen und auch Ordnungswidrigkeiten anzeigen. Mutig hat die Duisburger Polizei die belasteten Gegenden als „Angsträume“ bezeichnet, was vielen Politikern nicht passt.

Cebin: „Wir dürfen die Fakten nicht unterdrücken, aus Angst, in der türkischen Nationalzeitung verrissen zu werden, weil sonst die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaates auf dem Spiel steht. Wir wollen, dass allen Bewohnern der Stadt ein angstfreier Gebrauch ihrer Grund- und Freiheitsrechte ermöglicht wird, in dem Handel, Fußgängerverkehr und Kommunikation im öffentlichen Raum ohne aggressive Störung stattfinden.“

Die Entwicklung in seiner Stadt macht ihm Sorge. „Wir müssen das polizeilich Erforderliche rigoros durchsetzen und dürfen nicht zurückweichen. Es ist unerträglich, wenn Bürger eine Vermeidungshaltung entwickeln müssen und bestimmte Straßen und Plätze gar nicht mehr oder nicht mehr in den Nachmittags- und Abendstunden aufsuchen.“

Rolf Cebin, der „rote Preuße“, wie er genannt wird, kennt das Geschäft seit über 20 Jahren und zieht nach zahllosen runden Tischen, interkulturellen Dialogen und -Konferenzen eine eher nüchterne Bilanz: „Von echter Integration ist nichts zu spüren.“ Jahrelang ging eine muslimische Klassenkameradin seiner Tochter in seinem Haus ein und aus, feierte mit auf allen Kindergeburtstagen: „Jetzt trägt sie einen Schleier und lässt sich nicht mehr blicken.“

Text und Fotos: Rüdiger Holeczek